

## **88. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2011**

**am 23./24. November 2011 in Leipzig**

### **TOP 5.17**

#### **Förderung der Jugendfreiwilligendienste**

**Antragsteller: Bayern, Mecklenburg-Vorpommern,  
Thüringen**

#### **Beschluss:**

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat mehrheitlich beschlossen:

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder bekräftigen das von der Bundesregierung genannte Ziel des Ausbaus der Jugendfreiwilligendienste wie auch des neuen Bundesfreiwilligendienstes, möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Dazu gehört für die Träger, Einsatzstellen und Dienstleistenden die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen, insbesondere die Kontinuität der Förderung.
2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder begrüßen, dass der Bund die monatliche pauschale Förderung für die pädagogische Begleitung der Jugendfreiwilligendienste auf € 200 erhöht hat. Um den Trägern der Jugendfreiwilligendienste die notwendige Planungssicherheit zu geben, bitten sie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nachdrücklich, an der vereinbarten pauschalen Bundesförderung von € 200 festzuhalten, den Trägern unverzüglich diese Förderung für das aktuelle Projektjahr (2011/2012) auszuweisen und für das kommende Projektjahr (2012/2013) zuzusagen.
3. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder halten die ab 2013 geplante Koppelung der Bundesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr an eine Besetzung von Plätzen im Bundesfreiwilligendienst für kontraproduktiv. An Freiwilligendiensten interessier-

te Jugendliche müssen die volle Wahlmöglichkeit zwischen den verschiedenen Diensten haben. Eine Quotenregelung verhindert dies jedoch gerade und droht, die Freiwilligenkultur in Deutschland zu beschädigen.

Sie fordern daher das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, davon Abstand zu nehmen.